



## ***Bericht aus Berlin*** *von Angelika Krüger-Leißner, MdB*

27.11.2009



***Liebe Genossinnen und Genossen,  
Liebe Leserinnen und Leser,***

nach dem Fehlstart der schwarz-gelben Regierung reiht sich nun ein Streitfall an den nächsten und zum Wochenende ist das Chaos perfekt. Die Veröffentlichungen zum Vorfall in Kundus sind überraschend und ungeheuerlich. Die bisherigen Stellungen des Ministers Jung peinlich und unannehmbar. Es ist nur folgerichtig, dass er heute seinen Hut genommen hat

und zurückgetreten ist. Wer in so einer sensiblen Frage versagt, kann auch künftig nicht Minister für Arbeit und Soziales sein. Dabei liegen so wichtige Gesetze auf dem Tisch, die diese und nächste Woche beraten und beschlossen werden müssen. Nun rächt sich auch, dass Merkel und Westerwelle die Befriedigung einzelner Interessen vor eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik in der Wirtschaftskrise gestellt haben. Die Einführung der Mehrwertsteuererhöhung für Hotelübernachtungen wird weder Preisnachlässe noch Wachstum schaffen. Dafür viel Bürokratie verursachen. Einige Länder sehen das bereits auch so und werden es im Bundesrat blockieren. Ebenso sind die Länder mit der Neuregelung zu den Kosten der Unterkunft (KdU) nicht einverstanden. Da es die Landkreise und die Bürger ungleich schneller treffen wird, dazu einige Ausführungen von mir.

Der Streit um das **Betreuungsgeld** hält unvermittelt an. Die Frage ob Direktzahlung oder Gutschein verdeckt dabei nur den Grundsatzkonflikt. Eine Prämie, die nachweislich dazu führt, dass Eltern ihre Kinder nicht in die Kita schicken oder sogar wieder zurück nach Hause holen, verschärft die Chancengleichheit bei der frühkindlichen Bildung und verhindert die Integration. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir wollen: mehr Investitionen in Betreuungsplätze und bessere Betreuungsqualität.

Diese Woche begannen auch die Beratungen zur Verlängerung der Mandate für die Auslandseinsätze der Bundeswehr in Afghanistan, vor der Küste des Libanon und am Horn von Afrika. Über den Vorschlag der Bundesregierung, der eine Verlängerung des ISAF-Mandats vorsieht, beraten wir in verschiedenen Runden auch in der nächsten Woche. Über unsere Positionierung berichte ich dann im nächsten BaB.

Für heute viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Eure

*Angelika Krüger-Leißner*

- 1. Kosten der Unterkunft**
- 2. Neuorganisation der Betreuung der Langzeitarbeitslosen**
- 3. 7.600 Fähnchen zum 20 Jahrestag der Kinderrechte**
- 4. Termine**

### **1. Kosten der Unterkunft**

Bereits in dieser Woche haben wir den Gesetzentwurf zur **Anpassung der Bundesbeteiligung an den KdU** beraten. Der Gesetzentwurf sieht eine Absenkung der Beteiligungsquote von 26% auf 23,6% vor. Dies geschieht auf Grundlage einer von Bund und Länder abgestimmten Anpassungsformel, die die Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften als Indikator heranzieht. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften hat sich im Betrachtungszeitraum verringert, demzufolge soll eine Absenkung der Bundesbeteiligung erfolgen. Gleichzeitig aber sind die tatsächlichen Kosten der Unterkunft u.a. auch aufgrund der Energiepreisentwicklung stark gestiegen und belasten die kommunalen Haushalte. Ich habe in der letzten Arbeitsgruppensitzung vorgeschlagen, vor dem Hintergrund der finanziellen Belastung der Kommunen im nächsten Jahr aufgrund der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und den von Union und FDP geplanten Steuerrechtsänderungen, die Beteiligung von 2009 aufrecht zu erhalten. Wir werden am kommenden Montag eine Anhörung dazu haben und Dienstag in der Arbeitsgruppe sowie Mittwoch im Ausschuss darüber beraten. Am Freitag rede ich dazu im Plenum.



## ***Bericht aus Berlin*** *von Angelika Krüger-Leißner, MdB*

27.11.2009



### **2. Neuorganisation der Betreuung der Langzeitarbeitslosen**

Bereits im letzten BaB habe ich über die Vorstellungen der schwarz-gelben Koalition berichtet, die Jobcenter aufzulösen und die Betreuung in **getrennte Trägerschaft von Bundesagentur für Arbeit (BA) und Kommune** vorzunehmen. Hier wird Bewährtes einfach zerschlagen. Das ILZ in Havelland hat sich in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt und liest man die Berichte der Arbeitsagentur auch einen hervorragenden Job gemacht. Das jetzt zu zerstören, hat beachtliche Folgen für die Betroffenen Leistungsempfänger aber auch für das beschäftigte Personal. Mehr Bürokratie, mehr Bescheide, mehr Widersprüche, mehr Klagen vor Verwaltungsgerichte. Was bleibt sind viele offene Fragen: Wie soll künftig die Kooperation aussehen? Was passiert bei unterschiedlichen Auffassungen der Träger? Gibt es eine Einigungsstelle, wenn es unterschiedlichen Einschätzungen zur Erwerbsfähigkeit und Hilfebedürftigkeit der Antragsteller gibt? Das vorliegende Eckpunktepapier der Regierung gibt darüber keine Auskunft. **Wir sind bereit zu einer Grundgesetzänderung, denn die getrennte Trägerschaft ist die denkbar schlechteste Lösung.** Das bestätigte mir auch Dennis Granzow, Geschäftsführer des ILZ Havellandes, der in dieser Woche auf einem SGB II –

Kongress in Loccum (NS) mit 250 weiteren ARGE-Geschäftsführern sowie Vertretern von Bund und Ländern war. Angesichts dieses Rückhaltes ist es richtig, dass wir **unseren Vorschlag der Zentren für Arbeit und Grundsicherung (ZAG) als Gesetzentwurf ins parlamentarische Verfahren einbringen.** Ich hoffe, dass der Deutsche Landkreistag, der Städte und Gemeindebund und der Städtetag wie bisher zu unserem Vorschlag stehen.

### **3. 7.600 Fähnchen zum 20. Jahrestag der Kinderrechte**

Ich habe mich gern an dieser Veranstaltung des **ASB in Falkensee** beteiligt. Es war außerordentlich beeindruckend, mit den Kindern und Jugendlichen, den Erziehern und Lehrern diese Aktion zu starten. Genau am richtigen Platz um den alten Seegfelder Dorfkern herum, flatterten die Fähnchen, auf denen die unterschiedlichsten Wünsche und Erwartungen an Eltern und die Politik standen. Vor 20 Jahren hat auch Deutschland die UNO-Konvention unterzeichnet, aber sie gilt nur eingeschränkt mit den Vorbehalten der schwarz-gelben Regierung von 1992. Hier müssen wir endlich handeln. Diese Aktion nehme ich als klaren Auftrag mit nach Berlin, mich weiterhin für die Fixierung der Kinderrechte in unserer Verfassung einzuschätzen. Die Ergänzung des Art. 6 ist von der SPD vorbereitet und lautet: „Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und auf den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen.“



Blick auf den Dorfkern mit seinen Fähnchen

### **4. Termine**

**Montag, 30. November 2009**

14.00 Uhr Anhörung zum Thema KdU

**Dienstag, 1. Dezember 2009**

9.30 Uhr Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales

13.30 Uhr Arbeitsgruppe Kultur und Medien

15.00 Uhr Fraktionssitzung